

72 - 22.11.1999

Kreis

RHEIN MAIN PRESSE

Danke sagen und kein Öl ins Feuer gießen

IG gegen die Verlegung des Bahnhaltendes in Nackenheim gibt nicht auf / Ahr: Strategie der Verwaltung aufgegangen

NACKENHEIM - Nein, Öl ins Feuer gießen wolle die Interessengemeinschaft (IG) gegen die Verlegung des Bahnhaltendes auf keinen Fall. Nach der jüngsten „Niederlage“ der IG, als der Gemeinderat ihr Begehren ablehnte, doch lieber die Sanierung des bestehenden Bahnhofs anzugehen, statt mitten im Ort einen neuen Haltepunkt zu bauen, will die IG eigentlich zunächst nur einmal Dank sagen.

Von
Hans-Willi Blum

Dank an alle knapp 600 Mitglieder, die innerhalb kurzer Zeit ihre Unterschriften unter eine Liste setzten, die der IG-Forderung Nachdruck verleihen sollte. „Insbesondere den älteren Unterzeichnern, die teilweise Ängste überwinden mussten, weil sie sich ja gegen die Verwaltung aussprachen, ist zu danken, dass sie zu ihrer Überzeugung standen“, betont der Sprecher der Interessengemeinschaft, Rudolf Ahr.

Leider wären in der jüngsten Abstimmung einige Ratsmitglieder weit weniger standhaft gewesen und hätten ihre Über-

zeugung der Fraktionsdisziplin geopfert. Aber immerhin habe die Informationsoffensive der IG dazu geführt, dass ein Drittel des Rates der Haltepunktverlegung ihre Zustimmung verweigerte.

Information zu zögerlich

„Bei unserer Unterschriftensammlung haben wir ganz klar festgestellt, dass ein Großteil der Bevölkerung das Projekt aufgrund der immensen Mehrkosten gegenüber einer Bahnhofsanierung und der zu erwartenden Verkehrszunahme im Ortskern ablehnt“, ist Ahr überzeugt.

Nur zu deutlich zeige sich,

dass die Verwaltungsstrategie, Rat und Bürger entweder gar nicht oder nur sehr zögerlich zu informieren, aufgegangen sei. So sei beispielsweise der FWG-Fraktionschef Zerbe erst im April 1999 davon informiert worden, dass sowohl der Neubau als auch die Sanierung mit Landeszuschüssen rechnen könnten. Und dies, obwohl Bürgermeister Kraus spätestens seit Dezember 1998 von dieser Tatsache Kenntnis erhalten habe.

„Für mich ein klares Indiz, dass der Bürgermeister diese Information nicht an den Rat weitergeleitet hat“, so Ahr. Kraus setze ganz offensichtlich auf die Vergesslichkeit der Menschen und ziehe das Projekt gegen alle Widerstände durch. „Da die Verwaltung sonst keine Argumente mehr hat, rückt sie jetzt das neue Gewerbegebiet in den Mittelpunkt für die Haltepunktverlegung. Dabei handelt es sich

nur um eine glatte Verschwendung von Steuergeldern“, steht für den IG-Sprecher fest.

216 Züge durchfahren Nackenheim täglich, die Strecke Mainz-Mannheim gehört zu den meist befahrenen in ganz Deutschland. 66 von diesen Zügen halten auch in Nackenheim, rechnet Ahr vor. Das bedeutet für ihn 66-faches Bremsen der Züge, 66-faches Öffnen und Schließen der Türen und 66-faches Ein- und Aussteigen von Fahrgästen – alles unmittelbar vor dem Wohnzimmerfenster.

Erster Lichtblick

„Die psychische Belastung für die Anwohner ist riesig“, berichtet Ahr von ersten Ankündigungen aus der Nachbarschaft, den Wohnort zu wechseln. Der versprochene Sichtschutz sei zwar ein erster Lichtblick. Aber ein Gespräch über das Thema Schallschutz,

das im Mai für September versprochen worden sei, habe bislang immer noch nicht stattgefunden.

Stattdessen sei ein Gutachten seitens der Deutschen Bahn AG vorgelegt worden, das einen Lärmschutz ablehnte. Was jedoch bislang von der Bahn gekommen sei, trage zum Teil geradezu absurde Züge. So sei die IG beispielsweise von der Bahn beschieden worden, dass der Wert ihrer Grundstücke sich nicht verringern, sondern sogar vergrößern werde – weil sie ja demnächst direkt am Bahnhof lägen.

„Bleibt die Frage, welche Möglichkeiten da für den Bürger überhaupt noch bleiben“, schüttelt Ahr den Kopf. Er hat den Weg vor das Verwaltungsgericht gewählt, eine Entscheidung wird für Mitte/Ende Dezember erwartet. „Unsere Hoffnung“, so der IG-Sprecher, „liegt auf der Einsicht des Gerichtes.“